

„Perspektiven und Bausteine für eine nachhaltige Entwicklung von Gesellschaft und Wirtschaft“

1. Einleitung

Entschuldigung Barbara Hendricks

Frage: welche Rolle kann die Politik für eine erfolgreiche nachhaltige Entwicklung von Gesellschaft und Wirtschaft einnehmen?

Zunächst: **Die Rolle der Politik**

- Zukunftsthemen aufspüren
- Dialog und Beteiligung organisieren
- Ringen um eine gemeinsame Haltung
- Mehrheitsfähigkeit vorbereiten (aber auch Mehrheiten akzeptieren)
- Mehrheitswillen umsetzen (Kontrolle der Regierung)

Die Rolle der Politik ist also **einerseits moderierend und beteiligend (gewinnend, überzeugend) sowie andererseits umsetzend**. Mit diesem Verständnis unterscheide ich mich von denen, die meinen, eine besonders gute Politik sei die, die auch gegen den Willen oder den Trend umgesetzt wird. Politik muss für ihr Handeln Legitimation schaffen. Und die drückt sich in Demokratien eben auch und insbesondere in Mehrheiten aus!

Bei der Nachhaltigkeitspolitik gilt das genauso. Aber zum Glück stehen wir hier nicht am Anfang der Debatte.

2. Analyse bisheriger Nachhaltigkeitsprozess/Bilanz

Die institutionelle Verankerung der Nachhaltigkeitspolitik in Deutschland, geschaffen und weiterentwickelt wurde, ist ein Beleg dafür, dass wir uns bereits auf einem guten Weg befinden:

Mit der Nationalen Nachhaltigkeitsstrategie verfügt die Bundesregierung nun schon seit über zwölf Jahren über eine bewährte und sich ständig weiterentwickelnde Strategie für eine Politik, die darauf abzielt, heute und in Zukunft allen Menschen die Chance auf ein Leben in Wohlstand, Gerechtigkeit und einer in-

takten Umwelt zu ermöglichen. Die nationale Nachhaltigkeitsstrategie wird bereits in der vierten Legislaturperiode - und im Übrigen über drei verschiedene politische Koalitionen - fortgeführt.

Ein Staatssekretärsausschuss unter Leitung des Chefs des Bundeskanzleramtes fungiert als Lenkungsorgan für die Nachhaltigkeitsstrategie und trifft Beschlüsse zu wichtigen Nachhaltigkeitsthemen. Er koordiniert die Weiterentwicklung der Nationalen Nachhaltigkeitsstrategie, die seit 2002 alle 4 Jahre fortgeschrieben wird, zuletzt mit dem Fortschrittsbericht 2012. Die nächste Fortschreibung steht damit für 2016 an und befindet sich in Vorbereitung.

Seit 2001 berät der Rat für Nachhaltige Entwicklung die Bundesregierung in Fragen der Nachhaltigkeitspolitik. Den Stand der nachhaltigen Entwicklung in Deutschland misst das Statistische Bundesamt regelmäßig alle 2 Jahre in einem umfangreichen Indikatorenbericht.

2004 wurde schließlich erstmals der Parlamentarische Beirat für Nachhaltige Entwicklung im Deutschen Bundestag eingesetzt, um die Nachhaltigkeitsstrategie zu begleiten und ihre Umsetzung zu fördern. Auch in dieser Legislatur wurde er erneut eingesetzt und hat seine Arbeit wieder aufgenommen. Zu seiner Rolle später mehr.

Damit sind insgesamt tragfähige Strukturen und Institutionen der Nachhaltigkeitspolitik entstanden und ein breiter überparteilicher und gesellschaftlicher Konsens in Bezug auf die Bedeutung nachhaltiger Entwicklung. Das alles ist zunächst einmal als Erfolg zu würdigen.

Dies bescheinigen uns auch internationale Experten in den Peer-Review Berichten 2009 und 2013. Die Berichte erkennen die Kontinuität und die Weiterentwicklung der Nachhaltigkeitspolitik in Deutschland an und attestieren eine tiefe, kulturelle Verwurzelung und gut entwickelte institutionelle Rahmenbedingungen. Bei den meisten Umwelt- und Nachhaltigkeitsthemen in den letzten 20 Jahren war Deutschland unter den führenden Ländern in Europa. Diese Führungsrolle gilt es zu erhalten (gerade im Klimaschutz haben wir in den letzten Jahren selbst Kritik geübt) und auszubauen und die internationale Verantwortung, die sich daraus ergibt, wahrzunehmen.

Das alles spricht dafür, dass wir schon einiges erreicht haben, aber noch lange nicht genug. Die Herausforderungen angesichts von Finanz- und Eurokrise, Klimawandel, Migration und Bevölkerungswachstum sowie demographischem Wandel sind groß. Eine umfassende nachhaltige Transformation von Wirtschaft

und Gesellschaft erfordert ein gutes politisches Management, die Einbeziehung und Koordinierung zahlreicher Akteure und die richtige Prioritätensetzung. Dem müssen wir uns auch bei den institutionellen Rahmenbedingungen stellen.

3. Rolle des Deutsche Bundestages in der Nachhaltigkeitspolitik

In der Nachhaltigkeitspolitik hat der Bundestag in der Vergangenheit inhaltlich wesentliche Impulse gesetzt und sich in der Begleitung der Nachhaltigkeitspolitik der Bundesregierung als wichtige Triebkraft der Umsetzung der Nachhaltigkeitsstrategie erwiesen.

Eine zentrale Rolle als inhaltlicher Impulsgeber kam dabei immer wieder den Enquete-Kommissionen zu.

- In den 1990er Jahren kam es durch die Vorarbeiten der Klima-Enquete „Vorsorge zum Schutz der Erdatmosphäre“ zu einer nationalen Klimaschutzpolitik, die von dem ehrgeizigen Ziel ausging, bis zum Jahr 2005 die Treibhausgasemissionen in den alten Bundesländern um 25 Prozent zu senken.
- Der Abschlussbericht der Enquete Kommission zum „Schutz des Menschen und der Umwelt“ 1998 mündete 2002 in die Nationale Nachhaltigkeitsstrategie.
- In der letzten Legislatur tagte die Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität. Wege zu nachhaltigem Wirtschaften und gesellschaftlichem Fortschritt in der sozialen Marktwirtschaft“. Die Ergebnisse werden in dieser Legislatur nachwirken, unter anderem in der Regierungsstrategie „Gutes Leben – Lebensqualität in Deutschland“. Hier wird ein Bürgerdialog zum Verständnis von Lebensqualität, Aktionsplan und Indikatorensystem zur Berichterstattung zur Lebensqualität in Deutschland entwickelt, die die Dimensionen der Nachhaltigkeit berücksichtigen. Ziel ist es dabei unter anderem eine Verbindung herzustellen zwischen nachhaltiger Entwicklung, Wohlstand und Lebensqualität.

Seit 40 Jahren verfügt der Bundestag überdies über eine Einrichtung, die beim Aufspüren von Zukunftstrends und deren kritischer Würdigung eine konstruktive und wirkungsvolle Rolle spielt. Das Büro für Technikfolgen-Abschätzung beim Deutschen Bundestag (TAB) ist eine selbstständige wissenschaftliche Einrichtung, die den Deutschen Bundestag und seine Ausschüsse in Fragen des wissenschaftlich-technischen Wandels berät. Jährlich werden zu zahlreichen The-

men Gutachten zur öffentlichen Debatte vorgelegt. Diese nimmt insbesondere der Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung entgegen.

Wesentlicher Akteur im Deutschen Bundestag ist aber der bereits erwähnte Parlamentarische Beirat für nachhaltige Entwicklung, den wir auch in dieser Legislatur auf interfraktionelle Initiative wieder eingesetzt haben. Er hat sich Instrument in den letzten Jahren bewährt und seine Kompetenzen stetig erweitert. Im Sinne einer Arbeit an langfristigen Lösungen arbeitet der Beirat im Konsens aller Fraktionen. Er begleitet die Umsetzung der Nachhaltigkeitsstrategie mit eigenen Empfehlungen und Positionen.

Der Peer Review Bericht empfiehlt eine weitere Stärkung des Beirats und seiner Kompetenzen. Seit der letzten Legislatur bewertet der Beirat die Nachhaltigkeitsprüfung von Gesetzen. Derzeit diskutiert der Beirat wie dieses umgesetzt werden kann, beispielweise durch eine materielle Prüfung von Gesetzesvorhaben, inklusive der Haushaltsgesetzgebung. Auch das Tagesgeschäft der Fachausschüsse soll stärker begleitet und durch gutachterliche Stellungnahmen zu Themen die die nachhaltige Entwicklung betreffen, stärker auf die Agenda zu bringen.

Ich finde die Vorschläge konstruktiv und der Beirat wird selbst seine Schlussfolgerungen daraus vorlegen. Ich möchte aber auch darauf hinweisen, dass allein Strukturentscheidungen kein politisches Gewicht entfalten. Die Struktur muss der Funktion folgen. Daher ist es notwendig, dass die Themen der Nachhaltigkeitspolitik in allen Bereichen und damit auch in allen Ausschüssen des Bundestags behandelt werden (und zwar nicht nur im Umweltausschuss und im Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung). Wir brauchen einen starken politischen Willen für die Nachhaltigkeitspolitik und der wird sich nicht ohne gesellschaftlichen Druck einstellen (ohne Ihr Engagement!).

3. Politische Perspektiven: Ausgewählte Bausteine

Die Frage ist, was haben wir uns ganz konkret vorgenommen, wie es mit der Nachhaltigkeitspolitik weiter geht.

Im Koalitionsvertrag haben Union und SPD festgehalten, dass die Förderung einer nachhaltigen Entwicklung grundlegendes Ziel und Maßstab des Regierungshandelns ist. Dazu gehören die Stärkung der nationalen Nachhaltigkeitsziele und ihre Umsetzung, wie etwa im öffentlichen Beschaffungswesen. Auch auf

europäischer Ebene müssen wir den Einsatz erhöhen, um zu einer Stärkung der europäischen Nachhaltigkeitsstrategie zu kommen.

In Schwerpunktbereichen der Nachhaltigkeitspolitik sind bereits erste wichtige Gesetzesnovellen und Aktionsprogramme auf den Weg gebracht, andere befinden sich derzeit in der Vorbereitung oder der Abstimmung. Ich will dazu einige Beispiele benennen.

Zu den ersten umfangreichen Gesetzesvorhaben der neuen Bundesregierung gehörte die Reform des Erneuerbare Energien Gesetzes als ein wichtiger Baustein für die erfolgreiche Umsetzung der Energiewende. Ziel der Reform ist es, den Anteil der erneuerbaren Energien an der Stromversorgung in Deutschland stetig auszubauen. Dabei soll die Kostendynamik der vergangenen Jahre durchbrochen werden, um den Anstieg der Stromkosten für die Verbraucher zu begrenzen. Akzeptanz der Energiewende.

Ich erwarte, um ehrlich zu sein, in diesem Kreis keine ungeteilte Zustimmung zu der verabschiedeten EEG-Novelle. Aber ich will unabhängig davon meine Erfahrung mit der EEG-Novelle schildern. Sie ist ein Beispiel, wie sich widerstrebende Interessen begegnen. Jeder Abgeordnete hat mit absolut legitimen Lobby-Interessen zu tun gehabt. Hier die energieintensiven Unternehmen, die vor einer Abschaffung der Privilegien und dem damit verbundenen Arbeitsplatzverlust warnen, dort die Interessen der Unternehmen der erneuerbaren Energien, die ebenfalls vor Arbeitsplatzverlust warnen, und auf der dritten Seite (etwas weniger schrill/laut) die Verbraucher, für die Energiekosten einen erheblichen Anteil an den Ausgaben ausmachen. Der Versuch, diese Interessen zu einem Ausgleich zu bringen, hinterließ auf allen Seiten Unzufriedenheit. Und trotzdem: es gibt keine Alternative dazu, Interessen zum Ausgleich zu bringen und damit auch Legitimation durch Mehrheit zu schaffen.

Ein weiterer wichtiger Bereich, den Bundesumweltministerin Barbara Hendricks zu ihrem Schwerpunkt erklärt hat, ist der Klimaschutz. Um die Klimaziele, wie eine Senkung der Kohlendioxid-Emissionen um 40% gegenüber 1990 und bis Mitte des Jahrhunderts um 80 bis 95 Prozent zu erreichen bedarf es zusätzlicher Anstrengungen und Maßnahmen vor allem im Bereich Wirtschaft und Verkehr. Ein Aktionsprogramm gegen Klimawandel befindet sich derzeit in der Ressortabstimmung und soll noch im Herbst vorgelegt werden. In der vergangenen Woche gab es verhalten zuversichtliche Signale vom informellen Gipfel zum Klimaschutz in New York, dass es gelingen kann, auf dem Klimagipfel Ende 2015

in Paris ein substanzielles globales Klima-Abkommen zu beschließen. (Haben wir schon oft gehört, aber jetzt sind wohl USA und China noch nicht weg)

Ein weiteres Thema: Wir wollen Schuldenabbau mit einer nachhaltigen Investitionspolitik verbinden. Die Handlungsfähigkeit öffentlicher Haushalte ist dabei von enormer Bedeutung. Wir wollen mittelfristig finanziell entlasten. Dafür werden wir in dieser Legislatur die Grundlagen schaffen, die Bund-Länder-Finanzbeziehungen neu zu ordnen. Stichworte: Entlastung für Bildung (6 Mrd.; BAföG), 1 Mrd. für Kommunen (aufwachsend auf 5 Mrd.). Darüber hinaus beraten wir derzeit im Bundestag den ersten Bundeshaushalt ohne neue Schulden seit den 60er Jahren. Das ist kein Selbstzweck, aber sicher eine Voraussetzung für eine nachhaltige Finanzpolitik des Bundes.

Ein letztes Beispiel: in dieser Woche hat der Bundestag den Bericht der Bundesregierung zum Abschluss der Dekade für nachhaltige Bildung debattiert. Zahlreiche Initiativen und Projekte spiegeln den Reichtum bürgerschaftlichen Engagements für nachhaltige Entwicklung wider. Durch sie bleibt das Anliegen „Bildung für Nachhaltige Entwicklung“ so nicht in der Theorie hängen, sondern wird konkret erfahrbar. Deshalb gilt der Dank allen, die das ehrenamtlich unterstützt haben!

Bildung für nachhaltige Entwicklung soll Orientierung in globalen Krisen geben:

- Globale Krisen verunsichern (Klimawandel etc)
- im lokalen Maßstab und Bezugsraum Handlungsspielraum aufzeigen
- BNE soll Orientierung/Erklärungen liefern
- aber auch Kritikfähigkeit/konstruktives Denken anregen
- Nachhaltige Bildung trägt so zur allgemeinen Persönlichkeitsentwicklung und zur kritischen Urteilsfähigkeit bei – herausragende Ziele unserer Bildungspolitik!

Abschluss der Dekade für Bildung für Nachhaltige Entwicklung liefert Erkenntnisse und Herausforderungen, die wir bildungspolitisch nutzen können.

Global:

Agenda 21 (Kapitel 36: Notwendigkeit einer Neuausrichtung der Bildung für eine nachhaltige Entwicklungspolitik)

- Sicherstellung der Grunderziehung für mind. 80% der Jungen und mind. 80% der Mädchen im Primarschulalter weltweit
- Senkung der weltweiten Analphabetenquote um 50% ggü. 1990
- Das Recht auf Lesen und Schreiben und das Recht auf einen unverwehrten Schulbesuch für Jungen und Mädchen sind für Deutschland zentral und universal! Niemand darf vom Besuch der Schule ausgeschlossen werden! Bleibt herausragende Aufgabe im globalen Maßstab! Dem gilt unsere außen- und entwicklungspolitische Arbeit!

National:

Analphabetismus (funktional) ist auch deutsches Phänomen! 7,5 Mio. Betroffene

Nationale Alphabetisierungsdekade (KoaV) richtige Antwort und gutes Zeichen

Erfahrung mit Bildung für nachhaltige Entwicklung zeigt: Wir brauchen Zeit, um Themen abseits des standardisierten Kanons (Curricula) formal und nonformal einbeziehen zu können.

Bericht BReg.: deshalb sind Ganztagschulen besonders geeignet

Ganztagschulen sind prägnantes Beispiel dafür, wie Schulen Raum für mehr Lernen und Leben, und damit auch für mehr Bildung, liefern können.

Ich habe im Bundestag gesagt: Man kann viel lernen aus der BNE-Dekade für die Gestaltung von Bildungsprozessen und von Politikentwicklung:

- Beteiligungsorientierung und Einbeziehung vieler Akteure (inkl. Ehrenamt)
- Globale Probleme in lokalen Netzwerken aufgreifen
- Umsetzung in langen Zeiträumen mit langem Atem und nicht kurzatmig (Dekadenorientierung)
- Interdisziplinarität

Wenn wir das lernen, dann haben auch wir etwas über nachhaltige Politik gelernt.